

Pressekonferenz, 1. Oktober 2013

# **Deutschland braucht Reformen**

## Statement

**Martin Kannegiesser**  
Beiratsvorsitzender  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Antwort auf die Frage, warum Deutschland die Krise bislang besser gemeistert hat als alle anderen vergleichbaren Industrieländer ist inzwischen zwar abgedroschen, eignet sich aber stets für eine anschließende Analyse.

Für mich liegt die ausschlaggebende Ursache in den tiefgreifenden Restrukturierungen unserer Betriebe in den 80er und den frühen 90er Jahren. Die Meisten von uns haben ein Angebotsportfolio entwickelt, das den weltweiten Nachfragestrukturen entsprochen hat und dies ständig gepflegt. Wir haben verschiedenste Technologien miteinander verbunden und Lösungspakete entwickelt, die so nur wenige andere Branchen anbieten konnten.

Wir haben uns der Mühe weltweiter Präsenz unterzogen und für einen Mittelständler ist der Aufbau von Vertriebs- und Servicestrukturen in allen möglichen Ländern ein mühsames Unterfangen. Und die Mehrzahl unserer weltweit operierenden Firmen sind Mittelständler.

In vielen unserer großen Firmen und bei den meisten Mittelständlern funktioniert das Miteinander in den Firmen. Unsere Betriebsverfassung des Miteinanders und der faktischen Mitbestimmung begünstigt Gemeinsamkeit und Teamarbeit, unerlässliche Voraussetzungen für komplexe Prozesse und immer komplexere Produkte. Unsere exzellenten Unternehmen sind dadurch gekennzeichnet, dass man die Dinge miteinander macht und in gegenseitiger Abstimmung.

Die Art unserer Tarifautonomie ist dafür eine weitere wichtige Voraussetzung.

Die Politik hat dieses Miteinander flankiert und über entscheidende Strecken nicht einem Populismus geopfert. Bestes Beispiel ist die Agenda 2010, ohne die wir Arbeitslosigkeit nicht so wirksam hätten bekämpfen können. Wir sollten auf den Erfolgselementen der letzten Jahre aufbauen aber gleichzeitig die neuen Herausforderungen analysieren und teilweise dafür neue Antworten finden. Ich möchte von den vielen Herausforderungen drei nennen:

1. Neue Wettbewerber aus Regionen mit einem anderen kulturellen und politischen Hintergrund werden uns zunehmend in Atem halten. Der Anteil der Schwellenländer an der globalen Wirtschaftsleistung hat zwischen 2000 und 2012 von 37% auf 50% zugenommen. Dieser Trend wird sich fortsetzen und die dortigen Unternehmen werden auch technologisch weiter aufholen und damit den Wettbewerbsdruck auf die etablierten Marktführer in den Industrieländern erhöhen.

Bei Kauf- und Investitionsentscheidungen spielen die Preise nach wie vor eine bedeutende Rolle. Die Formel mancher Gewerkschafter „wir müssen besser nicht billiger sein“ ist grundsätzlich nicht falsch, aber in solcher Schlichtheit nicht brauchbar.

Eine wesentliche unserer Antworten auf diese Herausforderung muss weiterhin Flexibilität sein, nicht nur hinsichtlich unserer Arbeitszeiten, sondern vor allem unserer Einsatzbreite und unseres Wissens.

2. Die zweite große Herausforderung ist die demographische Entwicklung in unserem Land.

Meistens wird in diesem Zusammenhang die Finanzierungsproblematik diskutiert, speziell die Rente und die Gesundheitsversorgung sowie die Pflege. Ferner sehen wir die Auswirkung auf das Angebot an Fachkräften und überhaupt die Auswirkungen auf die Innovationskraft und ständige Erneuerung unserer Betriebe. Der Löwenanteil der Lösung muss auch hier wiederum aus den Unternehmen kommen. Sie müssen die Produktivität und die Innovationskraft weiterhin kräftig steigern und dazu müssen Gesellschaft und Politik den Rahmen schaffen und dieser Rahmen schließt in erheblichem Umfang unsere Bildungssysteme ein.

Es ist eine Binsenwahrheit, dass Bildung den höchsten Rang in unserer Situation hat, jedoch müssen wir auch konkret erklären, was wir darunter verstehen, beispielsweise die Überprüfung unseres föderalistischen Systems in diesem

Zusammenhang, Stellung und Leistungsfähigkeit unseres Lehrpersonals, konsequente Durchlässigkeit des Systems.

Die Bereitschaft in der Wirtschaft der Bildung Priorität zu geben ist vorhanden, jedoch sollte die Politik deutlicher erklären, was konkret damit gemeint ist und was man konkret unternehmen will.

In diesem Zusammenhang erwähne ich die Debatte um Steuererhöhungen. Bedauerlicherweise hört man überwiegend parteipolitische Argumentationen, die Auswirkungen von Erhöhungen auf parteipolitische Positionen. Die Forderung nach Steuererhöhungen wurde zunächst sehr pauschal eingeführt, anfangs mit der Forderung nach mehr Gerechtigkeit und wer will schon gegen Gerechtigkeit sein?

Vor dem Hintergrund der künftigen Herausforderungen werden hohe Investitionen auf unsere Unternehmen zukommen und das Versprechen, die Steuern nicht zu erhöhen und diese den Betrieben und deren Beschäftigten zu lassen ist ein starkes Signal, das seine Wirkung auf konkretes wirtschaftliches Handeln nicht verfehlen wird.

Deshalb müssen die Haushalte und die Ziele sehr klar und transparent gemacht werden – die allgemeinen Sprüche der letzten Wochen sind nicht akzeptabel und werden möglicherweise zu ähnlichen Verweigerungshaltungen in der Wirtschaft führen, die wir seit Monaten beispielsweise in Frankreich beobachtet haben.

3. Als dritte große Herausforderung nenne ich Europa. Europa ist das lebenswichtige wirtschaftliche und politische Projekt seit nunmehr 3 Generationen. Wegen unserer Zukunftsfähigkeit müssen wir es vollenden und dürfen uns nicht beirren lassen. Und es geht hier nicht um Absatzmärkte – die hätten wir aufgrund unserer Angebotsstrukturen und unserer weltweiten Präsenz ohnehin, es geht in einer sich verändernden Welt um unsere Fähigkeit, unsere Lebensweise und unseren Lebensstil zu erhalten und weiter zu entwickeln, Innerhalb einer sich rasch verändernden Welt wird Europa als Einheit oder gar nicht gesehen.

Die Gemeinschaftswährung Euro gehört zu Europa, Stolperstart hin oder her – jetzt geht es nur noch nach vorne und dies ist auch zu leisten, wenn der unbedingte politische Wille dahinter steht.

Die gesellschaftliche Ordnungsform für uns in Europa ist die Soziale Marktwirtschaft und so steht dies auch in allen entsprechenden europäischen Vereinbarungen. Die Stärke dieser Gesellschaftsform liegt in der Dezentralisierung von Entscheidungen, im Zusammenhang von Entscheidungsrecht und Haftung. Dies ist gepaart mit Vertragsfreiheit und Wettbewerb und daraus resultiert eine wirtschaftliche Dynamik, die die Soziale Marktwirtschaft allen anderen Formen überlegen gemacht hat.

Das Ergebnis der Bundestagswahl vor dem Hintergrund gerade auch der neuen Herausforderungen bedeutet enorme Anforderungen auch an die Parteipolitik: Es ist zu keinen Mehrheiten in den bisherigen sogenannten Lagern gekommen bzw. ist eine Gruppierung im ebenfalls sogenannten linken Lager noch nicht bündnisfähig, weil völlig außerhalb einiger zentraler Themen.

So werden wir über die nächsten Jahre entweder zu einer Durchmischung von Positionen übergreifend und außerhalb von sogenannten Lagerbildungen kommen, vielleicht wird es irgendwann keine der alten Lagerformationen mehr geben, sondern nur noch Kernprofile und jenseits dieser Kompromisse zwischen politischen Positionen.

Ich hoffe, dass in diesen Prozessen das Konzept der Volksparteien nicht verloren geht. Dieses Konzept der Volksparteien hat wesentlich dazu beigetragen unsere Gesellschaft in schwierigen historischen Prozessen zusammenzuhalten. Die Volkspartei akzeptiert die Identität verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen, jedoch stehen diese auf einer gemeinsamen Basis und diese Basis, das ist für uns die Soziale Marktwirtschaft und als wir die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gegründet haben, bin ich an die Spitze der IG Metall herantreten, ob man in dieser Initiative mitmachen wolle. Das ging damals nicht.

Soziale Marktwirtschaft, das bedeutet die hohe Effizienz und Dynamik marktwirtschaftlicher Prozesse verknüpft mit sozialem Ausgleich, weil die Ergebnisse von Marktwirtschaft nicht automatisch auch den gesellschaftlich gewollten Ergebnissen entsprechen. Als Unternehmer und damit wesentliche Repräsentanten des Elementes Marktwirtschaft müssen wir das Konzept des sozialen Ausgleichs akzeptieren, so wie beispielsweise Gewerkschafter als Repräsentanten des sozialen Ausgleichs die Regeln für höchstmögliche wirtschaftliche Effizienz akzeptieren müssen.

Es sind diese hier skizzierten grundsätzlichen Einstellungen, mit denen wir die Arbeit der Politik in dieser neuen Legislaturperiode beobachten, begleiten und beurteilen werden.